

Chiffre 68

Eine globale Revolte und ihre Bilanz

von Winfried Wolf

Daniel Cohn-Bendit war vor vierzig Jahren der bekannteste Sprecher des französischen „Mai 1968“. Heute signalisiert er im Blick zurück Entwarnung: „1968 ist vorbei! Es ist begraben unter Pflastersteinen, selbst wenn diese Pflastersteine Geschichte geschrieben haben und zu einem radikalen Wandel in unserer Gesellschaft geführt haben. 1968 setzte den revolutionären Mythen ein Ende.“ Cohn-Bendit sieht die Bedeutung der 1968er Ereignisse vor allem in einem „Wandel“, der „die traditionelle Kultur“, den „Einfluss des Moralismus und die gesellschaftliche Hierarchie“ betroffen habe. Nicht zu leugnen sei „das Erdbeben“, das 1968 ausgelöst habe, allerdings durch „unsere vorsintflutlichen Vorstellungen von Gesellschaft, Moral und Staat“. Wichtig ist für ihn heute, dass es sich um eine abgeschlossene Angelegenheit handle, aus der keine relevanten Lehren für die aktuelle Politik und das gegenwärtige Handeln abzuleiten seien: „Überlassen wir es also den neuen Generationen, ihre eigenen Schlachten zu schlagen und ihre eigenen Wünsche zu definieren.“⁽¹⁾ Solch ein Deckel-drauf-Artikel wird auch deshalb sechs Spalten breit in der auflagenstärksten deutschen Tageszeitung wiedergegeben, weil mit ihm die geschichtliche Bedeutung von 1968 bagatellisiert wird. Tatsächlich lässt sich der Charakter der 1968er Ereignisse nicht auf einen „Wandel“ bezogen auf Kultur, Moral und Hierarchien reduzieren. In diesem Jahr kam es vielmehr zu einer globalen antikapitalistischen, antiimperialistischen und Bürokratie kritischen Revolte, die die Basis für spätere emanzipatorische Bewegungen – etwa die feministische Bewegung, die Schwulen- und Lesbenbewegung und die ökologischen Bewegungen - lieferte. Sodann waren es nicht Pflastersteine, die Politik gemacht haben, sondern Hunderttausende, überwiegend junge Menschen, die dabei Millionen andere Menschen beeinflusst haben. Auch wenn führende Vertreter der 1968er, so Daniel Cohn-Bendit selbst, die Verführungen, die die Herrschenden den prominenten Überläufern im Überfluss boten, begierig ergriffen haben, so gibt es doch auch heute noch viele Menschen, die damals ein wichtiges Kapitel in der Geschichte des Kampfs für Emanzipation mitgeschrieben haben und die ihren Idealen treu blieben.

Schließlich ist es immer wieder die fatale Geschichtslosigkeit, die neue Niederlagen begünstigt. Die „Schlachten der neuen Generationen“, die Haltung „Ya basta! Es reicht!“ und der Ruf „Eine andere Welt ist möglich!“ stehen in einer Kontinuität mit den Zielen des Jahres 1968, so wie diese selbst „nur“ ein weiterer Meilenstein in einer langen Kette im Kampf für gesellschaftliche Emanzipation waren.

Umfang und Akteure

In den 40-Jahres-Rückblicken werden die 1968er-Ereignisse – real geht es meist um den Zeitraum 1967 bis 1969 - auf mehrfache Art und Weise reduziert. So erfolgt fast immer eine geographische Einengung auf die nationale oder regionale Perspektive: 1968 in Westdeutschland, in Frankreich oder möglicherweise noch in Westeuropa. Tatsächlich handelte es sich um eine globale Revolte. Sie fand in der „ersten“ Welt, in einer großen Zahl der industrialisierten kapitalistischen Staaten statt, so in Westdeutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien, in den USA und in Japan. Es gab sie in mehreren Staaten der sogenannten Dritten Welt so in Mexiko, Brasilien, im Senegal und in Argentinien. Und es gab ein 1968 in einigen nichtkapitalistischen Ländern, so in Polen, in der CSSR und in Jugoslawien. Natürlich handelte es sich immer um Ereignisse, die durch nationale und regionale Faktoren geprägt waren. Doch es gab auch Gemeinsamkeiten und eine internationale, wechselseitige Beeinflussung.

Die 1968er Ereignisse werden in der Regel als eine „Studentenrevolte“ bezeichnet. Es handelt sich dabei um eine weitere unzulässige – hier um eine - soziologische Verengung. Selbst eine Charakterisierung als Jugendrevolte ist unzureichend. In Argentinien beispielsweise waren die Akteure zunächst Studierende und dann, bei der aufstandsähnlichen Entwicklung im Mai 1969 in Córdoba, überwiegend Arbeiterinnen und Arbeiter („Cordobazo“). In den USA wiederum spielte die Bewegung der schwarzen Bevölkerung, überwiegend Lohnabhängige, Landarbeiter, Haushaltshilfen und Arbeitslose, eine wichtige Rolle. Beim Kampf gegen den Großflughafen Narita in der Nähe von Tokio spielten schließlich neben den Studierenden Bäuerinnen und Bauern eine wichtige Rolle. Auf weltweiter Ebene überwog möglicherweise der Anteil der Studierenden und der Auszubildenden. Doch selbst in Frankreich, wo die Ereignisse des Jahres 1968 in den aktuellen Rückblicken fast immer mit einer „Studentenrevolte“ identifiziert werden, dominierte das proletarische

Element. Alain Krivine, damals führender Vertreter der Jeunesse Communiste Revolutionnaire (JNR), die sich 1965 aus dem Studentenverband der KPF abgespalten hatte, stellte im Frühjahr 2008 fest: „Der große Unterschied lag darin, dass die Studentenbewegung in Deutschland sehr isoliert von der Arbeiterklasse und der Bevölkerung war. In Frankreich hatten wir eine andere Tradition ... In meiner Erinnerung ist nicht so sehr die Studentenbewegung präsent, sondern es sind die zehn Millionen streikenden Arbeiter. Drei Wochen lang hielten sie die Fabriken besetzt, über denen die rote Fahne wehte. ... Viele Menschen sagten: In unseren imperialistischen Ländern gibt es so was nicht mehr. Aber nun gab es so etwas. Wir haben es gesehen.“(2)

Themen und Auswirkungen

Schließlich gibt es in den aktuellen Rückblicken die Einengung hinsichtlich der Zielsetzungen und Themen dieser Revolte. Am ehesten tauchen noch die Proteste gegen die Hierarchien an den Hochschulen auf. Diese spielten ohne Zweifel eine wichtige Rolle. Doch das Themenspektrum war viel breiter. Oft waren die Proteste gegen Medienmonopole und gegen Repression bedeutender. In Südafrika und in den USA stand die Kritik am Rassismus im Zentrum. In Rio de Janeiro, Brasilien, gingen im April 1968 mehr als 100.000 Menschen auf die Straße, was der bisher größte Massenprotest gegen die damalige Militärdiktatur war. In Spanien richteten sich die massenhaften Proteste gegen die seit mehr als drei Jahrzehnten herrschende faschistische Diktatur unter General Franco. In Griechenland gab es am 3. November 1968 einen ersten – von Hunderttausenden getragenen – Massenprotest gegen die faschistische Diktatur, die im April 1967 mit der Durchführung eines Nato-Plans („Prometheus“) errichtet worden war. Weltweit gab es als einigendes Band die internationale Solidarität gegen den US-Krieg in Vietnam.

Die entscheidende Kraft bezog die globale Revolte jedoch aus der Erwartung von Millionen Menschen, dass es die berechtigte Hoffnung auf einen demokratischen, die Massen überzeugenden Sozialismus geben würde und dass es die Menschen selbst sein würden, die diese tiefgreifenden Veränderungen erkämpfen könnten. Die Vision, die in der CSSR im „Prager Frühling“ Millionen mobilisierte, war nicht ein Zurück zu Markt und Kapitalismus (was eine kleine Gruppe der Reformer wollte),

sondern die Vorstellung eines „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“. Als in Warschau am 22. März 1968 10.000 protestierende Studierende einem Ultimatum der Polizei erfolgreich trotzten, stimmten sie spontan die „Internationale“ an. Zum gleichen Zeitpunkt veröffentlichten protestierende Studierende und Lehrkräfte der Philosophischen Fakultät von Belgrad eine Erklärung, in der es hieß: „Wir haben kein eigenes Programm. Unser Programm ist das Programm der fortgeschrittensten Kräfte unserer Gesellschaft – das Programm des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens (BDKJ) und unsere Verfassung (...) Wir wollen die unmittelbare Umsetzung dieser programmatischen Aussagen in die Praxis.“(3)

Der marxistische Historiker Eric Hobsbawm versuchte im Juni 1968 ein einigendes Band zu erkennen und schrieb: „Wenn Studenten gegen eine Gesellschaft rebellieren, die ihnen erhebliche Belohnungen verspricht, wenn Arbeiter in spontanen Massenaktionen zum Ausdruck bringen, dass das Leben aus mehr besteht als aus Überstundenverdiensten und Ferien in Palma (de Mallorca), dann sind dies keine rein französischen, sondern offenkundig internationale Phänomene... Frankreich beweist: Wenn jemand aufzeigt, dass die Menschen nicht ohnmächtig sind, dann können sie selbst zur Tat schreiten. Vielleicht beweist es noch mehr als das: Dass es nur das Gefühl der Machtlosigkeit ist, das viele von uns davon abhält, wie Menschen zu agieren und nicht mehr Zombies zu sein.“

Die Ereignisse der Jahre 1967-1969 wurden von niemandem - weder von marxistischen, noch von bürgerlichen Theoretikern - vorhergesehen. Dennoch stellt sich natürlich die Frage: Wenn 1968 eine Art globale Revolte war, sind dann für diese nicht wenigstens im Nachhinein („post festum“) neben den vielfältigen spezifischen, regionalen und nationalen Ursachen auch internationale Faktoren, die zu dem globalen Charakter beitragen, erkennbar? Schließlich ist es extrem unwahrscheinlich, dass das Zusammenfallen dieser unterschiedlichen Revolten Dutzenden Zufällen zu verdanken ist. Tatsächlich lassen sich im Rückblick vier solche Faktoren herausfiltern.(4)

Ökonomie

1968 fällt weltweit zusammen mit einem Ende einer langen extensiven Phase wirtschaftlichen Wachstums (1948-1965). Das Bruttosozialprodukt pro Kopf hat sich in dieser Periode in Westeuropa, Nordamerika und

Australien verdoppelt, in den nichtkapitalistischen Ländern Mittel- und Osteuropas, in Südeuropa und in Asien lag das Wachstum noch höher (beim Zweieinhalb- bis Dreifachen). So unterschiedlich die Ökonomien vor allem zwischen West und Ost waren, so gab es doch die Gemeinsamkeit, dass der Übergang von einer Phase eines extensiven Wachstums mit relativ geringen Produktivitätsfortschritten bei Einsatz vergleichbarer Technologie in eine Phase intensiven Wachstums mit qualitativ neuer Technologie auf der Tagesordnung stand. Dieser Übergang war mit Krisenerscheinungen, mit Umbrüchen und auch mit großen Hoffnungen verbunden. Der ungarische, marxistische Ökonom Franz Janossy hat dem Thema Anfang der 1970er Jahre ein Buch („Das Ende der Wirtschaftswunder“) gewidmet. Marcel van der Linden dabei auf „die historische Erfahrung“, wonach „die Endphase von Perioden langen Wachstums oft mit einem intensivierten Klassenkampf einhergeht“. Er führt „drei große internationale Streikwellen“ an (1869-75, 1910-20, 1968-74), die „stets am Ende einer langen Periode ökonomischen Wachstums“ aufgetreten seien.(5)

Neuer Gesamtarbeiter

Ein zweites gemeinsames Element besteht in dem explosionsartigen Ausbau des Ausbildungs- und universitären Sektors, zu dem es im Zeitraum 1950-1970 kam. Der Anteil der relevanten Altersgruppen an der „tertiären“ (universitären) Bildung lag im weltweiten Durchschnitt 1950 bei 1,4 Prozent und im Jahr 1970 bei 5,3 Prozent. Die Zahl der Studierenden als Anteil an den entsprechenden Bevölkerungsgruppen hat sich demnach vervierfacht. Dabei lag diese Steigerung in den reicheren Ländern niedriger; es gab eine Steigerung um das 3,5-fache, allerdings von einem Anteil von 2,6 auf 9,2 Prozent, also mit einem jeweils deutlich höheren Niveau. Diese qualitativen Veränderungen resultierten vor allem aus objektiven Anforderungen der Wirtschaft, die auch mit den beschriebenen ökonomischen Umbrüchen zusammenhingen. Zunehmend wurde die Einbeziehung geistiger Arbeit in den materiellen Arbeitsprozess eine Voraussetzung für die Produktion. Karl Marx beschrieb dies in dem Text „Resultate des unmittelbaren Arbeitsprozesses“ wie folgt: „Da mit der Entwicklung der realen Subsumtion (der tatsächlichen Unterordnung; W.W.) der Arbeit unter das Kapital (...) mehr und mehr ein sozial kombiniertes Arbeitsvermögen der wirkliche Funktionär des Gesamtarbeitsprozesses wird, (...) so werden mehr und mehr Funktionen

von Arbeitsvermögen unter den unmittelbaren Begriff der produktiven Arbeiter, direkt vom Kapital ausgebeuteter (...) Arbeiter einrangierte. Betrachtet man den Gesamtarbeiter, aus dem das Atelier (die Fabrik usw.; W.W.) besteht, so verwirklicht sich (...) seine kombinierte Tätigkeit unmittelbar in seinem Gesamtprodukt, (...) wobei es gleichgültig ist, ob die Funktion des einzelnen Arbeiters, der nur ein Glied des Gesamtarbeiters ist, ferner oder näher der unmittelbaren Handarbeit steht.“(6)

Diese Veränderungen bewirkten erstens, dass die vorhandenen Bildungseinrichtungen förmlich aus den Nähten platzten (übervolle Hörsäle usw.) und ihre hierarchischen Strukturen auch aus Sicht der Herrschenden den neuen Anforderungen nicht (mehr) entsprachen. Zweitens wurde für die Studierenden deutlich, dass sie in ihrer Masse nicht Teil einer privilegierten Elite sein würden. Was drittens die Organisation von Studierenden auch für rein studentische Interessen begünstigte.

Entkolonialisierung

Gemeinhin wird ohne größeres Nachdenken zur Kenntnis genommen, dass die 1968er Revolte in allen Ländern durch das Bild von Che Guevara geprägt wurde. Doch warum war das so? Wegen der Ästhetik? Waren die 1968er Teil einer pseudoreligiösen Bewegung, die einen an Jesus erinnernden Messias vor sich hertrug? Wegen der beeindruckenden exemplarischen Biographie des argentinisch-kubanischen Revolutionärs, der 1967 in Bolivien ermordet wurde? Das letztere spielte natürlich eine wichtige Rolle. Tatsächlich gab es für Che als Ikone der Bewegung jedoch einen objektiven Grund.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs hatte ein umfassender Entkolonialisierungsprozess stattgefunden. Allein zwischen 1956 und 1970 schüttelten 51 Länder das koloniale Joch ab, in vielen Fällen als Resultat von Kämpfen der Befreiungsbewegungen. Das führte im Weltmaßstab zu einem Erstarren des subjektiven Faktors und zu der allgemeinen Erkenntnis der Menschen, dass der Akt gesellschaftlicher Emanzipation in der Regel Ergebnis gesellschaftlicher Bewegungen ist. Die zitierte Verallgemeinerung von Eric Hobsbawm findet in der Person Che Guevara ihre Personifizierung und in dem Che zugeschriebenen Satz „Seien wir realistisch. Versuchen wir das Unmögliche!“ seine Konkretisierung.

Der antikoloniale Prozess stellte weltweit die rassistische Theorie einer

weißen Herrenrasse in Frage. In den USA trug dies erheblich zum Erstarken der schwarzen Bürgerrechtsbewegung und der radikalen Black Panther Gruppe bei (die führenden Black Panther-Vertreter und der Kopf der Bürgerrechtsbewegung, Martin Luther King, wurden 1968 ermordet). Die kubanische Revolution wiederum stellte ein Exempel dafür dar, wie ein paar hundert Meilen von der US-Küste entfernt in einem relativ kleinen Inselstaat ein erfolgreicher revolutionärer Prozess durchgeführt werden und verteidigt werden konnte. In den Jahren 1966 und 1967 kam es in Kuba zu breit angelegten Treffen von Befreiungsbewegungen (Tricontinentale und OLAS), die den antikolonialen Kampf beflügelten.(7) All dies hatte Rückwirkungen auf die Revolte in den hoch entwickelten kapitalistischen Ländern. Die jungen Menschen, die sich an diesen Revolten beteiligten, „entdeckten“ die historischen und aktuellen Verbrechen der jeweils herrschenden Eliten. Dadurch konkretisierten sie ihre Kritik an den herrschenden Verhältnissen. Im Mai und im November 1967 tagte in Stockholm und im dänischen Roskilde das Russel-Tribunal zu Vietnam, auch als „Vietnam War Crimes Tribunal“ bezeichnet. Es spielte eine große Rolle für die internationale Solidarität mit der vietnamesischen Befreiungsfront FNL. Die Zusammensetzung des Tribunals war Ausdruck der damals bereits breiten Revolte - u.a. mit Vladimir Dedijer aus Jugoslawien, Wolfgang Abendroth aus der BRD, Simone Beauvoir und Jean-Paul Sartre aus Frankreich, Stokley Carmichael aus den USA, Peter Weiss aus Schweden bzw. Westdeutschland. Das Tribunal sprach die US-Regierung des Völkermords in Vietnam schuldig. Das war eine Provokation. Bisher war das Verdikt Völkermord in erster Linie auf die Naziverbrechen angewandt worden. Das Vietnam-Tribunal nahm bewusst Bezug auf die im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess entwickelten Kriterien für Völkermord. Doch man ging noch einen Schritt weiter und machte deutlich, dass es hier nicht um einen Antiamerikanismus ging. Man entdeckte nun auch Vergleichbares in der Geschichte der eigenen herrschenden Eliten und deren Kolonialpolitik. In seiner Abschlussrede vor dem Tribunal stellte der französische Philosoph Jean-Paul Sartre einen Zusammenhang zwischen der antikolonialen Bewegung und der Kolonialgeschichte „seines“ Landes her: „Der Nürnberger Gerichtshof war eben zusammengetreten, als die Franzosen, um ein Exempel zu statuieren, in Setif siebzigtausend Algerier umbringen ließen. Solche Vorgänge waren damals nichts Ungewöhnliches, und niemand dachte daran, deswegen die französische Regierung so zu verurteilen, wie man die Nazis gerade verurteilen wollte.“(8)

Krieg in Vietnam und Krise des US-Imperiums

Allgegenwärtig in der 1968er Bewegung war die Kritik am US-Krieg in Vietnam und die Solidarität mit der Befreiungsbewegung FNL, auch Vietcong genannt. Auch dafür gab es gute Gründe. In dieser Auseinandersetzung bündelten sich mehrere Themen: Vietnam stellte aktuell den entscheidenden antikolonialen Kampf dar. Die Befreiungsbewegung FNL wies eine fortschrittliche Programmatik auf; sie wurde offenkundig von der großen Mehrheit der Bevölkerung unterstützt. Die Kriegsführung der US-Militärs war äußerst brutal, wobei diese Brutalität erstmals in der jüngeren Geschichte weitgehend live durch teilweise mutige, unabhängige Reporter auf die TV-Bildschirme in die Wohnzimmer geliefert wurde. Just an Ostern 1968 – dem Neujahrsfeiertag Tet - führte der Vietcong die Tet-Offensive durch; tausende FNL-Angehörige tauchten völlig überraschend mitten in den Machtzentren der US-Militärs, so auch in Saigon, auf, und trotzten tagelang der US-Kriegsmaschinerie.

Entscheidend bei diesem Krieg war allerdings ein besonderer Aspekt: Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren die USA zur dominierenden Weltmacht aufgestiegen. Sie lösten dabei das britische Empire ab. Zwar gab es auf weltweiter Ebene ein militärisches Patt zwischen den USA und der Sowjetunion. Doch in Mittel- und Südamerika, im Nahen und Mittleren Osten und in großen Teilen Asiens trat die US-Armee mit Interventionen und Kriegen als Stütze der nachkolonialen, kapitalistischen Weltmarktordnung auf. Bis zum Vietnamkrieg waren die USA im Feld unbesiegt. In Vietnam wurde diese Pax Americana erstmals militärisch in Frage gestellt. Dabei setzten die USA ihr gesamtes Waffenpotential mit Ausnahme der Atombombe ein. Auf dem Höhepunkt des Vietnamkriegs befanden sich 500.000 Mann der US-Armee vor Ort im Einsatz. Nordvietnam und seine Zivilbevölkerung wurden mit Flächenbombardements überzogen. Es gab exemplarische Kriegsverbrechen wie die Ermordung mehrerer hundert Dorfbewohner in My Lai am 16. März 1968. Die US-Armee setzte in großem Maßstab Napalm gegen die Zivilbevölkerung und ein sogenanntes Entlaubungsmittel namens Agent Orange ein, in dessen Gefolge vietnamesische Mütter Geburten mit Tausenden missgebildeten Babies hatten. In den USA war die verheerende Wirkung von Agent Orange auf Menschen, Embryos und Babies bekannt. In die Lieferung des Giftes war

der spätere deutsche Bundespräsident Richard von Weizsäcker involviert.
(9)

Doch der Einsatz der gewaltigen US-Kriegsmaschinerie erwies sich als vergeblich. In einem dialektischen Zusammenspiel zwischen der Verankerung der FNL in der vietnamesischen Bevölkerung, den politischen und militärischen Fähigkeiten ihrer Führung unter Ho Chi Minh und General Giap und der internationalen Solidaritätsbewegung musste die US-Regierung im Schlüsseljahr 1968 in Friedensgespräche einwilligen. Diese begannen ironischerweise am 2. Mai in Paris – die revolutionäre Atmosphäre des Mai 68 vor Ort verstärkte die demoralisierende Wirkung, die der Vorgang für die US-Regierung hatte. Doch auch hier wird das Primat der Ökonomie deutlich: Anfang 1968 wird zum ersten Mal die Goldpreisbindung des Dollars, die es seit Errichtung des Bretton Wood-Währungssystems 1945 gibt, erschüttert. Bisher garantierten die USA, dass die US-Notenbank für jede 35 US-Dollar eine Unze Gold „bezahlen“ würde. Die wachsenden Militärausgaben der USA, die inzwischen rund ein Zehntel des US-amerikanischen Bruttosozialprodukts beanspruchten, und die drohende militärische Niederlage der US-Armee in Vietnam führten zu einer weltweiten Flucht aus dem Dollar und in Gold. Die US-Regierung beschloss außerordentliche Maßnahmen, um die Goldpreisbindung des Dollars zu verteidigen. Zur Finanzierung des Kriegs wurde ein zehnpromzentiger Aufschlag auf die Einkommenssteuer beschlossen. Doch die Krisentendenzen verschärften sich. Anfang der 1970er Jahre wurde die Goldpreisbindung des US-Dollars aufgegeben.

1968 in Westdeutschland

Die westdeutsche Revolte der Jahre 1967-69, auch „Außerparlamentarische Opposition -APO“ genannt, spielte bis zum Frühjahr 1968 für die weltweite Bewegung eine maßgebliche Rolle. Der „Internationale Vietnam-Kongress“, der auf Einladung des deutschen SDS am 17. und 18. Februar 1968 in Westberlin stattfand, und die große internationale Demonstration in Solidarität mit der FNL am 18. Februar boten erstmals wichtigen Gruppen der globalen Revolte und ihren Repräsentantinnen und Repräsentanten – u.a. aus Frankreich, Italien, Schweden, Großbritannien, dem Iran und Westdeutschland – eine gemeinsame Plattform. Die Schlußerklärung der Konferenz enthielt ein

Sechs-Punkte-Aktionsprogramm, das den aktuellen Behauptungen, es sei um „Antiamerikanismus“ oder um abstrakte Solidaritätsbekundungen gegangen, widerspricht. Die ersten zwei Punkte forderten auf zur Solidarität mit der FNL und zu „Aufklärungsaktionen unter den GIs mit dem Ziel, die Wehrkraft der US-Armee zu zersetzen“. Es gab damals tausende GIs, die desertierten; Teil der Vietnam-Solidarität war es, diesen zur Flucht in ein Land, in dem sie nicht verfolgt werden - etwa nach Schweden oder Kanada – zu verhelfen. Im dritten Punkt wurde eine „Kampagne gegen die Nato-Basen in Westeuropa“ angekündigt. Punkt 4 forderte „Hafenarbeiterstreiks“ dort, wo „Rüstungsgüter für die US-Aggression in Vietnam verschifft“ werden. Punkt 5 kündigte die Einrichtung einer „Dokumentationszentrale gegen den Mißbrauch der Wissenschaft zu Zwecken der imperialistischen Kriegsführung“ in Westberlin an. Der letzte Punkt forderte „in allen westeuropäischen Ländern eine Kampagne zur Aufklärung der Bevölkerung über Konzerne, die als Produktionsstätten für Vernichtungswaffen am schmutzigen Krieg verdienen.“(10) Das Attentat auf Rudi Dutschke, den führenden Kopf der westdeutschen Revolte, am 11. April 1968 und der Ende 1968 einsetzende Fraktionierungsprozess des SDS, aus dem vor allem an Mao Tse Tung und Stalin orientierte „Aufbauparteien“ - aber auch die Rote Armee Fraktion (RAF) - hervorgingen, setzten der kreativen Phase der westdeutschen Bewegung ein abruptes Ende.

Aufstieg und Fall der bundesdeutschen 1968er Bewegung verdienen eine nähere Betrachtung. Die Ereignisse in Westdeutschland reflektierten die erwähnten vier Faktoren, die der globalen Revolte zu Grunde lagen. Gleichzeitig waren sie von spezifischen Aspekten, die mit der deutschen Geschichte und der globalstrategischen Stellung des deutschen Imperialismus zusammenhängen, geprägt.

Rezession 1966/67 und Unikrise

Gerade Westdeutschland hatte 1948 bis 1966 eine solche beschriebene „extensive Phase“ der Wirtschaftsentwicklung, auch als „Wirtschaftswunder“ verklärt, erlebt. Bis Anfang der 1960er Jahre kam es in drei Wirtschaftszyklen zu einer Ausweitung der Produktion mit relativ niedriger Technologie und zu einem, vor allem durch Zuwanderung aus der DDR, aus Mittel- und Osteuropa und aus dem Süden („Gastarbeiter“) stark erweiterten Heer ausgebeuteter Lohnabhängiger. Die billige D-Mark mit ihrem festen Wechselkurs von 4 DM = 1 US-Dollar ermöglichte einen

enormen Aufschwung der Exporte. Als Anfang der 1960er Jahre die offizielle Arbeitslosenzahl auf rund 200.000 abgesunken war, glaubte eine Mehrheit an einen Kapitalismus ohne Krisen und mit Vollbeschäftigung. Doch bereits der vierte Zyklus (1962-1967) mündete in eine Rezession; die Arbeitslosenzahl schnellte kurzzeitig auf 700.000 hoch. Offenkundig funktionierte das Modell „soziale Marktwirtschaft“ nicht mehr. Eine Modernisierung der Produktion, ein Übergang in eine „intensive Phase“ und die Suche nach neuen Absatzmärkten standen auf der Tagesordnung. Die erneut demonstrierte Krisenhaftigkeit am Ausgangspunkt der Revolte spielte zwar für das allgemeine gesellschaftliche Bewusstsein eine wichtige Rolle. Doch im Vergleich zu anderen kapitalistischen Ländern war die Boomperiode 1948-1965 weit ausgeprägter; Arbeitskämpfe spielten eine deutlich geringere Rolle als z. B. in Italien und Frankreich. Anders als in diesen Ländern kam es daher erst *nach* der Revolte, im Herbst 1969, zu einer Bewegung im Proletariat in Form der so genannten wilden Streiks.

Der entscheidende Teil der APO war sich des fehlenden Bindeglieds zwischen Revolte und Proletariat durchaus bewusst. In einem Interview mit dem „Spiegel“ wurde Rudi Dutschke im Sommer 1967 gefragt, ob der SDS „Streiks organisieren“ wolle; Dutschkes Antwort: „Das ist eine Sache, die nicht von außen hineingetragen werden kann. Wir können nicht zu den Arbeitern gehen und sagen, nun macht mal einen Streik. Die Möglichkeit eines Streiks bietet sich allein auf der Grundlage der bestehenden Widersprüchlichkeit in der Ökonomie. (...) Wir wollen durch die Zusammenarbeit mit mittleren und unteren Gewerkschaftsvertretern (...) die Interessensidentität von Arbeitern und Studenten bewusst machen.“(11)

Während des langen wirtschaftlichen Booms kam es zu einer ersten, deutlichen Steigerung der Studierendenzahl. 1950 gab es in Westdeutschland gerade einmal 100.000 Studentinnen und Studenten; 1970 waren es 3,5mal mehr: 350.000. Im gleichen Zeitraum hat sich die Zahl der Schülerinnen und Schüler in den Grund-, Haupt und Gesamtschulen nur um rund 20 Prozent (auf 6,3 Millionen) erhöht. Allerdings verdeutlicht die auf die Studentenrevolte folgende Entwicklung, wie groß der Nachholbedarf zum qualitativen Ausbau der Universitäten und Hochschulen war: 1982 gab es 1,3 Millionen Studierende – nochmals knapp vier Mal mehr als 1970.

Ganz offenkundig waren die alten Strukturen der Ordinariuniversität

bereits 1967/68 dem Ansturm und den Ansprüchen neuer Studierender nicht mehr gewachsen. Entsprechend waren Forderungen nach Ausbau und Demokratisierung der Hochschulen weit verbreitet. Doch der Anspruch ging deutlich weiter. Projektiert war speziell für Westberlin eine „Gegenuniversität“; Rudi Dutschke im Sommer 1967 im bereits zitierten „Spiegel“-Interview: „Wir versuchen, im nächsten Semester Vorlesungskurse zu initiieren von Doktoranden (...), von Assistenten und Professoren. Inhalt des Programms sind Referate und Diskussionen über Themen, die bisher innerhalb der Universität nicht diskutiert wurden (...) um unsere antiautoritären Studenten, also jenes Lager von 4000 bis 5000, aufklären zu können über die bestehenden Herrschaftsmechanismen und über die Emanzipationsbewegung.“

Antikoloniale Bewegungen

Deutschland war seit dem Ende des Ersten Weltkriegs keine Kolonialmacht mehr. Allerdings stand die Solidarität mit den antikolonialen Bewegungen auch in Westdeutschland am Anfang der Revolte. Rudi Dutschke sah den Auftakt für eine westdeutsche Revolte in Protestaktionen des SDS gegen einen Staatsbesuch des kongolesischen Ministerpräsidenten Moïse Tschombe im Jahr 1964. Tschombe war an der Ermordung des führenden Kopfs im Kampf gegen die Kolonialmacht Belgien, Patrice Lumumba, beteiligt. 1965 gab es erste, vom SDS angeführte Vietnam-Demonstrationen; 1966 fand in Westberlin ein erster Vietnam-Kongress statt.

Entscheidend für die breitere Politisierung wurde dann allerdings der Staatsbesuch des Schah von Persien im Juni 1967. Das postkoloniale Folterregime war wirtschaftlich und hinsichtlich des Gedankenguts eng mit dem autoritären westdeutschen Establishment verbunden. Als der Schah am 2. Juni 1967 Westberlin besuchte, war der Tonfall der Berichterstattung geradezu unterwürfig. „Berliner Morgenpost“: „Jedesmal, wenn ein Fuss den Teppich berührte, musste der boy den gestörten Samt mit dem Schrubber wiederaufrichten. Dann – 11.45 h – die willkommenen Füße des Schahs und der schönen Farah beehren das neue Stück.“ Der SDS organisierte eine breite Informationspolitik über das Regime. Tausende Studierende protestierten an den Orten, an denen der Schah auftrat. Am Abend des 2. Juni 1967 wurde bei einer Protestaktionen in der Nähe der Westberliner Oper der Student Benno Ohnesorg von dem

Polizisten Kurras erschossen. Beim Abschied sagte der Schah dem Regierenden Bürgermeister Heinrich Albertz: „Lassen Sie sich davon nicht beeindrucken, das geschieht im Iran jeden Tag. Sie müssen viel mehr erschießen, dann haben sie hier Ruhe.“(12)

Der letztgenannte (vierte) gemeinsame Nenner der globalen Revolte, die Erschütterung der USA als führender imperialistischer Macht durch den Vietnam-Krieg, hatte für die westdeutsche Bewegung besondere Bedeutung. Im Kalten Krieg waren die BRD Frontstaat und Westberlin Frontstadt. Die Bonner Regierung und der Westberliner Senat folgten den US-Regierungen in Vasallentreue. In dieser Frage gab es auch eine All-Parteien-Allianz. Auch die Gewerkschaften unterstützten uneingeschränkt die US-Politik im Kalten Krieg; in der ersten Hälfte der 1960er Jahre organisierte der Westberliner DGB am 1. Mai antikommunistische Massenkundgebungen vor der Mauer. Die Springer-Presse agierte mit Hetzkampagnen. Nach dem Mord an Ohnesorg schrieb „Bild“: „Gestern haben in Berlin Krawallmacher zugeschlagen, die sich für Demonstranten halten. Ihnen genügte der Krach nicht mehr. Sie müssen Blut sehen.“(13) Die Bonner Regierung unterstützte die USA im Krieg finanziell und materiell; nach Saigon wurde das Lazarettsschiff „Helgoland“ beordert. Als 1965 bei einem frühen SDS-Protest gegen den Vietnam-Krieg fünf Eier auf das Amerikahaus in Westberlin geworfen wurde, entschuldigte sich der damalige Regierende Bürgermeister Willy Brandt „beim amerikanischen Volk“. Der auf Albrecht folgende Berliner regierende Bürgermeister Klaus Schütz wusste: „In Vietnam wird Berlins Freiheit verteidigt.“ Elmar Altvater verweist auf die Parallele zu Peter Strucks 40 Jahre später vorgetragener Feststellung, wonach „Deutschlands Freiheit am Hindukusch verteidigt“ werde.(14) Dabei hatte Schütz und hat Struck in gewissem Sinne Recht: Der Krieg in Vietnam war in den 1960er Jahren entscheidend für die Aufrechterhaltung der US-imperialistischen Weltherrschaft. Die Kriege in Afghanistan und im Irak sind entscheidend für die längstmögliche Verteidigung eines auf Öl basierenden Kapitalismus.

NS-Geschichte und Revolte

Bei all den unbestreitbaren Parallelen mit der globalen Revolte gab es im Fall der westdeutschen Revolte einige Besonderheiten, die für deren Verständnis und teilweise auch für die spätere Entwicklung von

Bedeutung sind. Da ist als erstes die deutsche NS-Vergangenheit zu nennen. Götz Aly behauptet unter anderem, der SDS und die APO hätten sich mit dieser Vergangenheit nicht auseinandergesetzt. Das Gegenteil trifft zu. Die Kontinuitäten zwischen der westdeutschen Elite und der NS-Herrschaft wurden seitens der APO vielfach thematisiert – so am Beispiel des deutschen Bundespräsidenten Heinrich Lübke, der in der NS-Zeit als Architekt Pläne für den Bau von KZ unterzeichnet hatte, so am Beispiel des deutschen Bundeskanzlers Kurt-Georg Kiesinger (1966-1969), der seit 1933 NSDAP-Mitglied war und seine erste Karriere im Reichsaußenministerium unter Rippendorf gemacht hatte. Selbst die Klassiker-Parole der studentischen Protestierer gegen die Ordinarien-Universität: „Unter den Talaren – der Muff von Tausend Jahren“ zielte auf das NS-Regime, das sich als „Tausendjähriges Reich“ apostrophiert hatte, ab. Der Militärputsch in Griechenland am 21. April 1967 mit der Errichtung eines faschistischen Regimes wurde von der APO und vom SDS mehrfach thematisiert und in einen Zusammenhang mit der deutschen NS-Geschichte gebracht. Auf dem Berliner Vietnam-Kongress sprach auch ein Vertreter der Lambrakis-Jugend als Ausdruck der Solidarität des Kongresses mit dem antifaschistischen Widerstand in Griechenland. Der Schriftsteller Erich Fried ging in seiner Rede auf diesem Kongress explizit auf die Folgen der NS-Geschichte für die aktuelle Bewegung ein: „Vergessen wir nicht, hierzulande zehren die Kräfte der Unterdrückung immer noch von dem reichen Kapital, das die Hitlerzeit ihnen hinterlassen hat (...) Nur die Abwürgung der Tradition der Arbeiterschaft in den Hitlerjahren machte es möglich, dass in der Bundesrepublik Deutschland – sehr zum Unterschied etwa von England und Skandinavien – die außerparlamentarische Opposition im Geruch der Illegalität, des Hochverräterischen steht. Auch die KP (KPD; W.W.) hätte ohne diese Tradition aus der Hitlerzeit und ohne den Versuch, nach Hitler im Antikommunismus 'kulturelle Kontinuität' zu finden, *nicht* verboten werden können.“(15) Ergänzend sei gesagt, dass einerseits die DKP als Ergebnis der APO im September 1968 gegründet werden konnte, dass jedoch andererseits das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum KPD-Verbot aus dem Jahr 1956 weiter besteht und unter spezifischen Bedingungen erneut in ein Verbot sozialistischer Organisation münden kann.

Antimilitarismus

Eine zweite Einmaligkeit der westdeutschen Entwicklung ist die lange Tradition einer antimilitaristischen Bewegung. Trotz – und teilweise wegen – der Integration der westdeutschen Arbeiterklasse Anfang der 1950er Jahre und der Reduktion der von Lohnabhängigen getragenen Klassenkämpfe auf ein rein ökonomisches Niveau (Kampf für Lohnfortzahlung; Tarifaueinandersetzungen usw.) gab es seit Anfang der 1950er Jahre eine lange Kette pazifistischer Kampagnen. Sie richteten sich gegen den Aufbau der neuen Bundeswehr, gegen die Mitte der 1950er Jahre geplante atomare Bewaffnung („Kampf dem Atomtod“), gegen den Beitritt der BRD in die Nato („Paulskirchen-Bewegung“) und ab Anfang der 1960er Jahre allgemein gegen die Gefahr eines Atomkriegs (Ostermärsche). Diese Bewegungen, deren Träger und Trägerinnen eher ältere Linke, die sich treu blieben, waren, verschmolzen 1968 teilweise mit der jugendlichen außerparlamentarischen Opposition. Die Brücke bildeten dabei die gemeinsamen, auch von der IG Metall mitgetragenen Aktionen gegen die Notstandsgesetze. Hans-Jürgen Urban vom IG Metall-Vorstand verwies in einem aktuellen Rückblick auf diese Besonderheit: „Am 11. Mai 1968 ... kam es in Bonn zu einem Sternmarsch, an dem sich 60.000 Demonstrierende beteiligten. Auch wenn die Verabschiedung der Kernbestandteile der Notstandsgesetze (...) nicht verhindert werden konnte, legte es einige Grundlagen für die weitere Entwicklung in den 1970er Jahren.“⁽¹⁵⁾ Es lässt sich auch die These aufstellen, dass die starke westdeutsche Friedensbewegung in den 1980er Jahren und die aktuellen Bewegungen gegen den Irak-Krieg und den Afghanistan-Krieg von dieser Tradition profitieren.

SPD seit 1959 regierungsfähig

Schließlich gab es in Westdeutschland eine besondere Entwicklung der Sozialdemokratie. Als Resultat der gesellschaftlichen Rechtsentwicklung hatte sich die SPD bereits 1959 mit dem Godesberger Programm und mit ihrem Ja zur Nato uneingeschränkt in die bürgerliche Gesellschaft integriert. Indem sie dabei 1961 ihre damalige Studentenorganisation SDS abspaltete, leistete sie unfreiwillig einen Beitrag zur späteren Revolte, deren Kern der SDS bildete. Vor allem aber wurde die SPD auf diesem Weg sehr früh regierungsfähig. Bereits Ende 1966 und als Reaktion auf die ersten wirtschaftlichen Krisenerscheinungen wurde eine Große Koalition unter Kurt-Georg Kiesinger (CDU) als Kanzler und Willy Brandt (SPD) als Außenminister gebildet. Diese Regierung realisierte das aktuelle

Programm der herrschenden Elite, indem sie mit der erforderlichen Zweidrittel-Mehrheit des Bundestags die Notstandsgesetze nebst Grundgesetzänderung und eine erste „Öffnung nach Osten“ beschloss. Das erste diente der Repression nach innen, das zweite der Erschließung neuer Märkte zur Überwindung der Krise. Bei den Wahlen 1969 wurde, auch als Resultat der Revolte, die SPD deutlich gestärkt. Es kam erstmals zur Bildung einer sozialliberalen Koalition, in der die SPD mit Willy Brandt (und später Helmut Schmidt) den Kanzler stellte. Auch in dieser Konstellation erwies sich die SPD als uneingeschränkt staatstragend. So wurde 1972 noch unter Kanzler Brandt ein in Europa einmaliger „Radikalenerlass“ beschlossen, der Kommunisten und solche, die dafür gehalten wurden, die Ausübung eines Berufs in staatlichen Diensten untersagte. Tausende Berufsverbote waren die Folge. Die Gewerkschaften fassten „Unvereinbarkeitsbeschlüsse“, aufgrund dessen klassenkämpferische („kommunistische“) Gewerkschaftsmitglieder zu Hunderten aus DGB-Gewerkschaften ausgeschlossen wurden.

Der Zerfall des SDS ab dem Jahr 1969 und das Aufgehen ehemaliger APO-Fraktionen in extrem hierarchischen Politsekten, in denen sich zehntausende junge Menschen politisierten und bald darauf entpolitisierten, ließen die SPD scheinbar als einzige „realistische“ Alternative zurück. Dass die Grünen dann in den 1980er Jahre ihre im internationalen Zusammenhang einmalige Bedeutung erlangen konnten, resultierte vor allem aus der Zersetzung der APO und der rechten Positionierung der SPD, was auf der Linken ein großes Vakuum zurückließ.

In seinem Referat auf dem Berliner Vietnam-Kongress verwies Rudi Dutschke auf die fatale Geschichte der deutschen Linken: „Der deutsche Imperialismus hat durch seine Niederlagen im 1. und 2. Weltkrieg entscheidenden ökonomischen, politischen und ideologischen Boden verloren. Dem entsprach in widersprüchlicher Form der Zersetzungsprozess der revolutionären Tendenzen der Arbeiterbewegung. In der falschen Alternative Kapitalismus (freie Welt) und ‘Stalinismus’ (die die Sozialdemokraten in der BRD nicht als falsche erkannten) erfolgte die systematische und langanhaltende Integration der lohnabhängigen Massen in das System von Konzessionen, welches gerade den Spätkapitalismus auszeichnet. (...) Der revolutionäre deutsche Sozialismus verschwand historisch von der politischen Bühne, um erst nach 20 Jahren in einzelnen Abteilungen der Studentenschaft, einzelnen Fraktionen von

Lohnabhängigen ... wieder geschichtliche Realität zu werden. Die marxistische Theorie individualisierte sich, verlor damit ihren praktisch-kritischen, ihren wirklich subversiven Kern.“(16)

Was bleibt?

Vier Lehren können aus der Erfahrung mit 1968 gezogen werden:

Erstens. Eine globale antikapitalistische Revolte ist notwendiger denn je.

Die globale Revolte von 1968 fand zu einem Zeitpunkt statt, als höchstens am Rande von „multinationalen Konzernen“ und noch nicht von einer „Globalisierung“ die Rede war. Die Arbeitslosigkeit spielte im Westen kaum eine Rolle. In Westdeutschland und in großen Teilen Westeuropas war von der Existenz einer „Wohlstandsgesellschaft“ die Rede. Ganz offensichtlich gibt es heute für eine globale Revolte weit gewichtigere Gründe als vor vierzig Jahren. Die jüngere globalisierungskritische Bewegung und die Antikriegsbewegung greifen viele Themen auf, die Grundlage einer solchen neuen Revolte sein könnten.

Zweitens. Eine globale Revolte ist möglich. Natürlich weiß heute niemand, ob es zu einer neuen antikapitalistischen Revolte kommt. Allerdings wusste man das auch nicht im Vorfeld der 1968er Revolte. Grundsätzlich haben revolutionäre Ereignisse – etwa die französische Revolution von 1789 oder die deutsche Revolution von 1848 – zwar ihre ökonomischen und sozialen Wurzeln. Sie sind jedoch nicht vorherbestimmbar. Die unter der Oberfläche erfolgende Zuspitzung innerer Widersprüche und die Entwicklung einer breiten antikapitalistischen Stimmung dürften heute ähnlich fortgeschritten und auf weltweiter Ebene entwickelt sein wie im Vorfeld von 1968.

Drittens. Der subjektive Faktor spielt eine erhebliche Rolle. Die marxistische Theorie von Basis und Überbau, wonach letzten Endes die ökonomische Basis für den Überbau von Politik (Recht, Ideologie usw.) entscheidend ist, wird oft in objektivistischer und fatalistischer Weise fehlinterpretiert. Die Geschichte aller Revolutionen und die 1968er Revolte lehren, dass dann, wenn die objektiven Verhältnisse für gesellschaftliche Umbrüche herangereift sind, der subjektive Faktor – Individuen, vor allem aber organisierte Gruppen, Initiativen und Parteien – eine entscheidende Rolle spielen. Der deutsche SDS hatte auf dem Höhepunkt 1968 knapp 2000 Mitglieder. Die französische JCR zählte im Mai 1968 gar nur knapp 1000 Mitglieder. Nicht anders verhielt es sich mit dem US-amerikanischen SDS und mit den Black Panthers. Dennoch war

die gesellschaftliche Wirkung dieser Gruppierungen immens.(17)

Viertens. Die Notwendigkeit einer radikalen, die Massen begeisternden Alternative. In einer neuen emanzipatorischen Revolte wird man zwar – um eine breit getretene Formulierung aufzugreifen - die „Leute dort abholen müssen, wo sie stehen“. Die aktuelle soziale Frage wird also im Zentrum stehen müssen. Doch die Erfahrung mit 1968 lehrt (und der aktuelle Zustand des Kapitalismus legt nahe), dass eine solche Revolte dann Massen bewegt, wenn sie eine grundsätzliche Alternative zum Kapitalismus offensiv auf die Tagesordnung setzt. Eine Passage aus dem „Spiegel“-Interview mit Rudi Dutschke 1967 ist hierfür aufschlussreich. Dutschke entwickelte darin das Modell einer direkten Demokratie mit Räteherrschaft und Mehrparteiensystem. Er argumentierte dann, dass selbst in einer sozialistischen Gesellschaft sich „die Menschen dauernd ihrer selbst verunsichern (müssen), damit sie fähig werden, alle sich neu ergebenden Möglichkeiten – Reduktion der Arbeit, Entwicklung sinnlicher Phantasie, Abschaffung von Elend und Krieg – zu verwirklichen.“ Darauf unterbricht ihn der „Spiegel“-Interviewer mit dem Einwand: „Was Sie da ausmalen – ist das nicht der biblische Garten Eden?“ Darauf Dutschke: „Ja, der biblische Garten Eden ist die phantastische Erfüllung des uralten Traums der Menschheit. Aber noch nie in der Geschichte war die Möglichkeit der Realisierung so groß.“

Anmerkungen

- 1) Daniel Cohn-Bendit, „Nostalgie und Realität“, in: Süddeutsche Zeitung vom 21. Mai 2008.
- 2) Interview mit Alain Krivine, „1968 ist aktuell, aber wir brauchen keinen Gedenkstein“, in: Sozialistische Zeitung/SoZ, Mai 2008.
- 3) In Belgrad richteten sich die studentischen Proteste auch gegen einen beginnenden neuen Nationalismus innerhalb des BDKJ. Im Mai 1969 konnte man in einem Text einer Belgrader Studentengruppe die folgenden geradezu prophetischen Sätze lesen: „Im Laufe des letzten Jahres (1968) sind in allen Republiken (Jugoslawiens; W.W.) nationalistische Tendenzen zum Vorschein

gekommen (...) Die Studenten unterstützen einstimmig all diejenigen Bemühungen, die zu einer Stärkung der Solidarität und der Zusammenarbeit der jugoslawischen Völker und Völkerschaften führen. Die Verantwortung für das Bestehen starker Tendenzen, die in letzter Konsequenz den Fortbestand Jugoslawiens als einer Gemeinschaft der Völker gefährden, tragen (...) all diejenigen bürokratischen Kräfte, die ihre Sonderinteressen mit den Interessen einzelner Nationen und Republiken identifizieren. Die Studenten sind dagegen überzeugt, dass die wichtigste Grundlage zur Überwindung des Nationalismus in der Überwindung der Unterschiede im Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung und des Bürokratismus liegt.“ Zitiert in: Boris Kanzleiter, „Die affirmative Revolte – 1968 in der Sozialistischen Förderativen Republik“, in: Jens Kastner und David Mayer (Hg), Weltwende 1968? Ein Jahr aus globalgeschichtlicher Perspektive, Wien 2008, S. 102f.

- 4) Bei drei von ihnen orientiere ich mich an dem ausgezeichneten neuen Artikel Marcel van der Linden, „1968 – Das Rätsel der Gleichzeitigkeit“, in: Kastner/Mayer (Hg), Weltenwende?..., a.a.O., S. 23ff.
- 5) Marcel van der Linden, a.a.o., S. 26.
- 6) Karl Marx, Resultat des unmittelbaren Produktionsprozesses, MEGA, II/4.1, S. 109.
- 7) 1974 kam es in Portugal zum Sturz des faschistischen Salazar-Caetano-Regimes. Träger der Revolte war eine Bewegung der bewaffneten Streitkräfte – MFA. Die jungen Offiziere dieser Gruppierung hatten ihre Erfahrungen mit dem Erstarken des antikolonialen Kampfs in den portugiesischen Kolonien Guinea-Bissau, Angola und Mozambique gemacht. Ihr erstes Ziel war es, die mehr als 400-jährige Kolonialzeit Portugals zu beenden und eine demokratische Gesellschaft zu schaffen.
- 8) Bertrand Russell/Jean-Paul Sartre, Das Vietnam-Tribunal II oder Die Verurteilung Amerikas, Reinbeck bei Hamburg 1969, S.224. Noch krasser dürfte das folgende Verbrechen der französischen Kolonialmacht 1944/45 in Vietnam sein: Nach dem Rückzug der japanischen Imperialisten aus Indochina wollten Frankreich und die westlichen Alliierten, insbesondere England, verhindern, dass die dortige Befreiungsbewegung Vietminh (ein Vorläufer der FNL bzw. des Vietcong) die Macht übernahm und betrieben zu diesem Zweck eine Aushungerungspolitik, mit der

Folge, dass im Winter 1944/45 zwei Millionen Vietnamesen den Hungertod starben. Vgl. Howard Zinn, Eine Geschichte des amerikanischen Volkes, Berlin 2007, S.460f.

- 9) „Biologen der US-Universität Yale setzten Mäuse demselben Gift (2,4,5-T, das sogenannte Agent Orange) aus und beobachteten, dass missgebildete Mäuse geboren wurden; sie sagten, sie hätten keine Veranlassung zu glauben, dass das Gift nicht dieselbe Wirkung auf den Menschen hätte.“ Howard Zinn, a.a.O., S.468. Richard von Weizsäcker war 1962-66 Mitglied der Geschäftsführung de Chemieunternehmens Boehringer, Ingelheim, das als Zulieferer für die Agent Orange-Produktion von Dow Chemical aktiv war. Vgl. „Der Tod aus Ingelheim - Die Akte Boehringer“, in: Der Spiegel 31/1991.
- 10) Der Kampf des vietnamesischen Volkes und die Globalstrategie des Imperialismus – Internationaler Vietnam-Kongress-Westberlin, herausgegeben vom SDS Westberlin, Berlin 1968, S. 159f.
- 11) „Wir fordern die Enteignung Axel Springers“, Interview mit Rudi Dutschke im Spiegel, 29/1967.
- 12) Zitiert in: Uwe Soukup, Wie starb Benno Ohnesorg? Der 2. Juni 1967, Verlag 1900 Berlin, Berlin 2007, S.157f. Soukup schreibt zu diesem Ereignis zutreffend: „Sollte je an einer beliebigen Polizeiakademie die Übung auf dem Lehrplan stehen, den friedlichen Protest einiger Demonstranten zuerst in eine veritable Straßenschlacht und später dann in eine langjährige gewaltsame Auseinandersetzung umzuwandeln, müsste man den 2. Juni 1967 in Berlin als Anschauungsmaterial heranziehen. Schließlich ist genau das der Berliner Polizei an diesem Tag gelungen.“ Ebenda, S. 8.
- 13) Zitiert bei Soukup, a. a. O., S.157.
- 14) Elmar Altvater, „1968 – Eine Verteidigung“, in: die linke.campus, Zeitung des Linke.SDS, Ausgabe Nr. 4/2008.
- 15) Hans-Jürgen Urban, „Demokratie? Zur Not geht's ohne“, in: die linke.campus, a.a.O.
- 16) Internationaler Vietnam-Kongress, a. a. O., S.110f.
- 17) Inwieweit diese politischen Gruppierungen in ihrer Politik der Situation gerecht wurden, inwieweit politische Fehler zum letztendlichen Scheitern der Revolte beitrugen, kann hier nicht debattiert werden. Alain Krivine sagte auf dem Kongress „40 Jahre 1968“ am 3. Mai 2008 in Berlin sinngemäß, dass seine Kandidatur

im Juni 1968 als Präsidentschaftskandidat der revolutionären Linken und gegen General de Gaulle zwar richtig, aber doch von einem falschen, abstrakten Propagandismus geprägt gewesen sei.